

Übersicht der Antworten*

| Frage | Die LINKE | B90/ Die Grünen |
|--|---|---|
| 1. Wie wollen Sie die Lebensqualität queerer Menschen im Landkreis Leipziger Land verbessern? Was tun Sie beispielsweise gegen die oftmals allgegenwärtige Diskriminierung, die Lsbtiq* Personen erfahren? |  |  |
| 2. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit queerer Themen im Landkreis Leipziger Land verbessern? Setzen Sie sich für eine Regenbogenbeflaggung öffentlicher Gebäude, beispielsweise am Christopher Street Day, als öffentlich sichtbares Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein? |  |  |
| 3. Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist primär auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet. Wie stehen Sie dazu, diese Arbeit stärker für Lsbtiq* Belange zu öffnen und die Zusammenarbeit von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Verwaltung und queeren Beratungsstellen zu intensivieren? |  |  |
| 4. Was wollen Sie tun, um eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen im Landkreis Leipziger Land zu gewährleisten? Setzen Sie sich für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchtetenunterkünften ein? |  |  |
| 5. Was planen Sie, um Lsbtiq* Personen vor Gewalt und Hasskriminalität zu schützen? Werden Sie sich für einen niedrigschwelligen Zugang zu kommunalen Hilfsstrukturen einsetzen? |  |  |
| 6. Inwieweit wollen Sie eine sichtbare, offene Kinder- und Jugendarbeit für Lsbtiq* Personen im Landkreis Leipziger Land schaffen und/oder Begegnungsräume erhalten und ausbauen? |  |  |
| 7. Setzen Sie sich für die Einführung von Unisex-Toiletten, beispielsweise in der eigenen Verwaltung, ein? |  |  |
| 8. Wie stehen Sie zu geschlechtergerechter Sprache? |  |  |

*wir haben alle Geschäftsstellen von CDU, SPD, FDP, Die Linke, B90/Die Grünen angeschrieben, aber nicht von allen eine Antwort erhalten.

Die LINKE Leipziger Land

1. Wie wollen Sie die Lebensqualität queerer Menschen im Leipziger Land verbessern? Was tun Sie beispielsweise gegen die oftmals allgegenwärtige Diskriminierung, die lsbtqi Personen erfahren?*

LGBTQ* Personen erleben tagtäglich immer noch viel Diskriminierung vor allem im ländlichen Raum. Uns ist es daher wichtig eng mit verschiedenen Vereinen und Interessenverbänden zusammenzuarbeiten. Die Bedarfe kennen zu lernen und natürlich, wo es geht zu unterstützen und die Themen und Probleme sichtbar zu machen. Es ist uns aber auch wichtig den Betroffenen selbst eine Stimme zu geben. Daher unterstützen wir auch in unseren Strukturen Parteimitglieder und Sympathisierende, damit sie ihre Interessen selbst vertreten können.

2. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit queerer Themen im Leipziger Land verbessern? Setzen Sie sich für eine Regenbogenbeflaggung öffentlicher Gebäude, beispielsweise am Christopher Street Day, als öffentlich sichtbares Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein?

Sichtbarkeit und Vielfalt sind uns sehr wichtig, gerade im ländlichen Raum. Wir sind auch bestrebt das ganze Spektrum der Community abzudecken und auch von Diskriminierung mehrfachbetroffene Menschen sichtbar zu machen.

Um in der breiten Öffentlichkeit für mehr Akzeptanz zu sorgen, unterstützen wir den CSD in Wurzen und supporten weitere CSD und andere Veranstaltungen auch außerhalb des Landkreises, wie zum Beispiel queer feministische Vorträge am 8. März durch Selbstvertreterin mit und ohne Behinderung oder den IDAHOBIT (Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit).

3. Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist primär auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet. Wie stehen Sie dazu, diese Arbeit stärker für lsbtqi Belange zu öffnen und die Zusammenarbeit von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Verwaltung und queeren Beratungsstellen zu intensivieren?*

Unserem Verständnis nach muss eine moderne Gleichstellungsarbeit über das Verhältnis von Mann und Frau hinausgehen und sich stark machen für FLINTA*- (Frauen, Lesben, inter, nicht binäre, trans und agender) -Personen, für Migrant*innen und für Menschen mit Behinderung. Ein unterschätztes Feld, welchem sich Gleichstellungsbeauftragte in Zukunft ebenfalls mehr widmen können, sind Personen, die Angehörige pflegen. Ein Austausch mit den queeren Beratungsstellen ist sicherzustellen. Diese sind nämlich Seismografen von gesellschaftlichen Entwicklungen und zukünftige Bedarfe können frühzeitig kommuniziert werden. Gleichzeitig verfügen die Beratungsstellen über ein großes Fachwissen, welches eine Gleichstellungsbeauftragte nicht immer haben kann. Dieses Wissen für die kommunale Arbeit zu nutzen ist sehr wichtig. Denn am Ende geht es um die Sicherung von Chancengleichheit bei kommunalen Entscheidungen zu Fragen der Arbeitswelt, Gesundheit, Erziehung, Familie, Bildung, Kultur, Stadtplanung und des gesamten sozialen Umfeldes.

4. Was wollen Sie tun, um eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen im Leipziger Land zu gewährleisten? Setzen Sie sich für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchtetenunterkünften ein?

Eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen im Landkreis Leipzig setzt ein geschultes Fachpersonal (Betreuer*innen, Begleiter*innen, Psycholog*innen, Übersetzer*innen) voraus. Es bedeutet auch, dass die Polizist*innen eng zusammen mit der Einrichtung arbeiten und für

die Belange derer Bewohner*innen sensibilisiert sind. Es bedeutet aber auch, dass die Unterbringung selbst das Gefühl der Sicherheit an die Geflüchteten vermittelt.

Ja, wir setzen uns eindeutig für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchteten-Unterkünften ein. Die Personalschulungen müssen verpflichtend sein, um Umgang mit Geflüchteten haben zu dürfen.

5. Was planen Sie, um Isbtiq Personen vor Gewalt und Hasskriminalität zu schützen? Werden Sie sich für einen niedrigschwelligen Zugang zu kommunalen Hilfestrukturen einsetzen?*

Wir setzen uns für die Prävention- und Sensibilisierungsangebote gegen die LSBGTIQ*-feindliche Gewalt ein, in den Schulen, Jugendeinrichtungen und im digitalen Raum.

Wir planen mehr kontinuierlich stattfindende Formate wie Aufklärungskampagnen im Landkreis zu entwickeln, mit dem Ziel die Bürger*innen zu sensibilisieren und Vorurteile abzubauen.

Wir fordern vom Land mehr Sexualunterricht an den Schulen und Fachbetreuung in den Jugendeinrichtungen.

Wir werden den Einsatzkräften ermöglichen an Schulungen teilzunehmen, um deren Kompetenzen im Umgang mit der queeren Community zu erwerben. Darüber hinaus sollten Polizeibeamt*innen über das nötige Know-How verfügen, um eine detaillierte Aussage der betroffenen Personen aufzunehmen und zu erkennen, wann es sich bei einer Straftat um ein Hassverbrechen handelt.

Wir planen Anlaufstellen für die Betroffenen und die Opfer zu etablieren.

Wir, die Linke, sehen die Partizipation an den gesellschaftlichen Strukturen für unverzichtbar. Wir werden uns für einen niedrigschwelligen Zugang zu kommunalen Hilfestrukturen einsetzen und an den notwendigen Strukturen arbeiten.

6. Inwieweit wollen Sie eine sichtbare, offene Kinder- und Jugendarbeit für Isbtiq Personen im Leipziger Land schaffen und/oder Begegnungsräume erhalten und ausbauen?*

Kinder-, und Jugendarbeit muss sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als selbstverständlichen Bestandteil ihrer Arbeit etablieren. Die Einrichtungen stehen vor der Herausforderung, ihre Angebote für alle Kinder und Jugendlichen zu öffnen. Leider sind nicht alle Orte für queere Jugendliche eine Option zum Verweilen, aufgrund der queerfeindlichen Einstellungen, die dort vorherrschen (von den Jugendlichen sowie vom Fachpersonal). Aufgabe der Kinder- und Jugendarbeit ist hier die Entwicklung einer kritischen Distanz zu gesellschaftlichen „Normalitäts-Anforderungen“. Diese hat nebenbei noch weitere Vorteile, weil auch Personen davon profitieren die zwar heterosexuell aber aufgrund von Behinderung, Armut oder anderer Hautfarbe nicht zum Teil der vermeintlichen Mehrheitsgesellschaft gehören.

Der Fokus sollte unserer Meinung nach mehr auf dem ländlichen Raum gerichtet werden. Wir stehen nämlich vor der Herausforderung, dass die Wege zu den Jugendzentren zum Teil zu weit sind und Angebote (mögen sie noch so gut sein) nicht angenommen werden können. Wenn das Fachpersonal bei bestimmten Sachfragen oder der Lebenssituation eines Kindes an die eigenen Kompetenzgrenzen stößt, ist Schnittstellenwissen wichtig, um an Beratungseinrichtungen vermitteln zu können. Kinder- und Jugendliche aber auch das Fachpersonal darf nicht alleingelassen werden.

Selbstverwaltete Begegnungsräume haben den Vorteil, dass sie freier im Agieren sind. Förderungen für die Miete und Nebenkosten sind wünschenswert, sowie eine mögliche Nutzung städtischer oder kreiseigener Immobilien. Jedoch muss hier vor einer potenziellen Abhängigkeit gewarnt werden. Kommunen könnten mit der Entziehung der Gelder drohen, wenn eine Kundgebung oder Demonstration an den „falschen“ Adressaten gerichtet sind.

7. Setzen Sie sich für die Einführung von Unisex-Toiletten, beispielsweise in der eigenen Verwaltung, ein?

Ein klares „Ja“ für die All-Gender-Toiletten. Die Einrichtung von Unisex-Toiletten bedeutet den Abbau von Diskriminierung für trans*, inter* und nicht-binäre Personen. Auch Behinderte profitieren von dem Unisex-Klo, da sie nicht auf ihre Behinderung bei Benutzung von Behindertentoiletten reduziert werden. Auch für andere Personengruppen entstehen hier Vorteile, wie z.B. Familienväter, die ihre Kinder auf die Toilette begleiten. Die häufig vorkommende Ungleichverteilung zwischen Sanitärräumen für Männer und Frauen kann mit All-Gender-Toiletten zum Teil ausgeglichen werden.

Anmerkung: Die Sanitätsausstattung in Gebäuden hängt von der Nutzung ab. Nach gesetzlichen Vorgaben sind bei bestimmten Nutzungen wie in Arbeitsstätten getrennte Toiletten nach Geschlechtern vorzunehmen. Sobald solche Vorgabe in Gebäuden nicht besteht, liegt die Entscheidung über die Unisex-Toiletten im Ermessen des Gebäudeeigentümers. Das bedeutet, es ist viel mehr möglich, als man annimmt.

- Neben den Unisex-Toiletten setzt sich die Linken für kostenlose Menstruationsprodukte ein.
- Sehr viele Räumlichkeiten der LINKEN besitzen bereits Unisex-Toiletten.

8. Wie stehen Sie zu geschlechtergerechter Sprache?

Wir stehen für die geschlechtergerechte Sprache ein. Bei Amts- und Verwaltungssprache ist sie unserer Meinung nach ebenfalls anzuwenden. Gleichzeitig sollten wir auf eine Überarbeitung der Amts- und Verwaltungssprache als solches hinwirken, um sie generell inklusiver zu gestalten.

Ein weiterer positiver Effekt geschlechtergerechter Sprache: Wenn Berufe in einer geschlechtergerechten Sprache dargestellt werden, schätzen Kinder typisch männliche Berufe als erreichbarer ein und trauen sich selbst eher zu, diese zu ergreifen.

Bündnis 90/ Die Grünen Leipziger Land

1. Wie wollen Sie die Lebensqualität queerer Menschen im Leipziger Land verbessern? Was tun Sie beispielsweise gegen die oftmals allgegenwärtige Diskriminierung, die lsbtqi Personen erfahren?*

Siehe Landtagswahlprogramm B90/Grüne 2024 – „Wir setzen uns daher für den Ausbau von Anlaufstellen zur Beratung und Unterstützung, insbesondere für Jugendliche und Menschen im ländlichen Raum, ein. Die Realität von Familien in Sachsen ist so vielfältig, wie die Konstellationen, in denen sie Verantwortung füreinander übernehmen. Diese gesellschaftliche Realität wollen wir sichtbar machen und unterstützen. Dazu gehört der Ausbau von Beratungsmöglichkeiten für Eltern mit LSBTIAQ+ (Glossar) Kindern und LSBTIAQ+ Eltern, ebenso die Berücksichtigung queerer Inhalte in Aus- und Fortbildung von pädagogischen Fachkräften. Schule muss ein Ort sein, an dem alle Kinder unabhängig von sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität sicher und erfolgreich lernen können. Geschlechtergerechtes Lernen bedeutet auch, Vorurteile abzubauen. Dafür wollen wir das Projekt "Schule der Vielfalt" weiter ausbauen.“ Dies werden wir auf Kreis- und kommunaler Ebene fortsetzen.

Weiterhin in unserem LTW-Programm:

„Die eingesetzte Ansprechperson für LSBTIAQ+ bei der Staatsanwaltschaft Leipzig und die Kooperationen und Projekte gemeinsam mit der sächsischen Polizei waren wichtige erste Schritte, diese müssen nun in den folgenden Jahren strukturell ausgebaut werden, um Hemmnisse, sich bei Polizei und Justiz zu melden, weiter abzubauen und Vertrauen herzustellen. Der "Landesaktionsplan Vielfalt" verpflichtet die gesamte Staatsregierung in ihren Zuständigkeitsgebieten akzeptanzfördernde Maßnahmen umzusetzen, dies muss in den nächsten Jahren konkret und ressortübergreifend weiter umgesetzt werden. Die Förderung von Akzeptanz von Vielfalt ist eine Querschnittsaufgabe, welche die gesamte Staatsregierung als ihre Aufgabe ansehen muss.“ Und natürlich ist es unsere ständige Aufgabe, zivilgesellschaftliche Initiativen, die genau diese Themen behandeln zu stärken.

2. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit queerer Themen im Leipziger Land verbessern? Setzen Sie sich für eine Regenbogenbeflaggung öffentlicher Gebäude, beispielsweise am Christopher Street Day, als öffentlich sichtbares Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein?

Regenbogenbeflaggungen hat es vereinzelt an den Rathäusern im Landkreis in der Vergangenheit gegeben. Allerdings sind es die Bürgermeister*innen und Verwaltungen (wobei es aktuell 90% männliche Bürgermeister im Landkreis sind), die über die Beflaggung entscheiden. Es steht und fällt mit den Personen in den Verwaltungen. Wo in Markkleeberg und Borna die Sichtbarkeit „einfach passiert“, weht vor anderen Rathäusern so lange eine Friedenstaube auf blauem Grund. Einen CSD hat es unserer Erinnerung in der letzten Dekade im Landkreis Leipzig nicht gegeben. An dieser Stelle gibt es „Luft nach oben“ und sollte sich eine Initiative dazu bilden, unterstützen wir dies als Partei natürlich gern.

Wir freuen uns über den Mitte Mai in Wurzen stattfindenden CSD. Im Stadtrat haben wir keine Vertreter*innen sitzen, das ändert sich hoffentlich nach dem 9.6. Insofern können und werden wir das Thema Beflaggung und Stimmung in der Stadt nur zivilgesellschaftlich beitragen.

3. Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist primär auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet. Wie stehen Sie dazu, diese Arbeit stärker für Lsbtiq Belange zu öffnen und die Zusammenarbeit von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Verwaltung und queeren Beratungsstellen zu intensivieren?*

Die Antwort schließt sich etwas an Frage 2 an. Dort, wo es kommunale Gleichstellungsbeauftragte gibt, ist das Thema eher noch gut aufgehoben. Viel größer ist die Lücke in den Rathäusern, wo aktuell die Gleichstellung von M/F nicht gelebt wird. Außer in den großen Kreisstädten kann dieses Thema nur auf Kreisebene geleistet werden. Das betrifft Gleichstellung nicht nur w/m, sondern jegliche Geschlechter sowie natürlich auch PoC und weitere marginalisierte Gruppen.

4. Was wollen Sie tun, um eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen im Leipziger Land zu gewährleisten? Setzen Sie sich für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchtetenunterkünften ein?

Unabhängig des Geschlechts und sexueller Orientierung setzen wir uns generell für die dezentrale Unterbringung von geflüchteten Menschen auf Kreisebene ein.

5. Was planen Sie, um Lsbtiq Personen vor Gewalt und Hasskriminalität zu schützen? Werden Sie sich für einen niedrigschwelligen Zugang zu kommunalen Hilfestrukturen einsetzen?*

Siehe Antwort auf Frage 1) und 3)

6. Inwieweit wollen Sie eine sichtbare, offene Kinder- und Jugendarbeit für Isbtqi Personen im Leipziger Land schaffen und/oder Begegnungsräume erhalten und ausbauen?*

Der Punkt „Mehr Struktur und Mittel für Jugendhilfe, Schulsozialarbeit, Freizeitmöglichkeiten, sowie den Ausbau von Kinder- und Familienzentren“ im Kreistagswahlprogramm versteht sich natürlich auch inklusive Räumen für Isbtqi* Kindern und Jugendlichen. Wir hoffen auf eine baldige Lösung der Probleme in der Finanzierung des Rosalinde e.V.. Die neue Kreistagsfraktion wird das aktive Gespräch suchen, um gemeinsam zu beraten, ob und wie die Regenbogen AG aktiver in Erscheinung treten kann und wie Jugendarbeit ggf. auf Kreisebene ergänzt werden kann, um einfacher Zugang in „schwierigen“ Kommunen zu erlangen.

7. Setzen Sie sich für die Einführung von Unisex-Toiletten, beispielsweise in der eigenen Verwaltung, ein?

Ja. Die Schwierigkeiten, Verwaltungen davon zu überzeugen, sind in den vorherigen Antworten ausgeführt.

8. Wie stehen Sie zu geschlechtergerechter Sprache?

Als Kreisverband versuchen wir genderneutrale Begriffe in unseren Publikationen zu verwenden bzw. nutzen soweit möglich einen Asterisk. Geschlechtergerechte Sprache gehört irgendwo in unsere grüne DNA. Leider müssen wir aber auch die Realitäten anerkennen und in Gesprächen im ländlichen Raum hat es sich leider öfters als hinderlich erwiesen, eine geschlechtergerechte Sprache zu verwenden und es wird oft auf generisches femininum plus maskulinum ausgewichen, damit angesprochene Personen die Kommunikation nicht unmittelbar beenden.